

Presseinformation

14.9.2020

Nr. 130

GEGEN ABSCHOTTUNG UND FÜR EINE UNION DER WILLIGEN

„Bereits Anfang des Jahres hat die AGJ deutlich gemacht, dass die Situation in den Lagern auf den griechischen Inseln – insbesondere für schutzbedürftige Kinder und Jugendliche, aber auch ihre Eltern – unhaltbar ist. Nach dem Brand im Camp Moria sind wir schockiert über die noch immer zögerliche Haltung der deutschen Bundespolitik und die Handlungsunwilligkeit der Europäischen Union“. Die AGJ-Vorsitzende Prof. Dr. Karin Böllert äußert sich besorgt über die Situation auf Lesbos, aber auch auf anderen griechischen Inseln: „Kinder und Jugendliche sind besonders vulnerabel, Opfer von Ausbeutung, Missbrauch und Gewalt zu werden. Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf, endlich ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Sie muss dafür sorgen, dass geflüchteten Kindern und Jugendlichen der ihnen nach der UN-Kinderrechtskonvention zustehende Schutz gewährt wird! Die angekündigte Aufnahme von 100-150 jungen unbegleiteten Geflüchteten in Deutschland ist angesichts der menschenunwürdigen Situation auf Lesbos und in anderen Aufnahmelagern allenfalls Symbolpolitik. Die menschenrechtswidrigen Zustände in den Lagern bleiben ausgeblendet, die verfehlte europäische Flüchtlingspolitik wird mit dem Ziel der Beibehaltung abgeschotteter Grenzen fortgesetzt. Spätestens jetzt lässt sich aber nicht mehr ausblenden, dass Auffanglager keine dauerhafte Unterbringung für Menschen sein können. Bundesländer und zahlreiche Kommunen haben sich in Deutschland zur Aufnahme von Geflüchteten bereit erklärt. Bundestagsabgeordnete, Kirchen und viele zivilgesellschaftliche Akteure fordern die Bundesregierung in diesem Sinne zum Handeln auf. Dieses Engagement muss aufgegriffen werden und kann nicht mit dem Verweis auf die Notwendigkeit einer gesamteuropäischen Lösung bei Seite geschoben werden. Die Bundesregierung muss die europäische EU-Ratspräsidentschaft dazu nutzen, eine europäische Flüchtlingspolitik zu begründen, die auf die Verteilung der Geflüchteten in

Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

Mühlendamm 3 — 10178 Berlin — Telefon (030) 400 40-200 — Fax (030) 400 40-232 — agj@agj.de — www.agj.de

Rechts- und Vermögensträger: Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe e. V.

Verantwortlich für den Inhalt: Franziska Porst, Geschäftsführerin

Die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ wird aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes gefördert.

Seite

1 von 2

denjenigen Mitgliedsstaaten setzt, die an der Idee eines geeinten Europas als Wertegemeinschaft festhalten. Dass diese Idee einer unteilbaren Menschlichkeit von einigen Mitgliedsländern längst aufgekündigt worden ist, kann nicht auf dem Rücken der Geflüchteten ausgetragen werden!“

Den „AGJ-Zwischenruf: Menschenwürde und Kinderrechte ernstnehmen – Geflüchtete Minderjährige aus Griechenland und von der griechisch-türkischen Grenze aufnehmen!“ finden Sie [hier](#).

Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

Mühlendamm 3 — 10178 Berlin — Telefon (030) 400 40-200 — Fax (030) 400 40-232 — agj@agj.de — www.agj.de

Rechts- und Vermögensträger: Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe e. V.

Verantwortlich für den Inhalt: Franziska Porst, Geschäftsführerin

Die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ wird aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes gefördert.